



## Erhalt AppElle – Offener Brief medizinischer Fachpersonen an den Regierungsrat des Kantons Bern

Bern, 04. September 2025

Sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrats

Als Ärzt:innen, Pflegefachpersonen, Forensic Nurses, sowie Haus- und Kinderärzt:innen, Hebammen, Psychiater:innen und Psychotherapeut:innen wenden wir uns mit grosser Besorgnis an Sie.

Die angekündigten Änderungen bei der Anlaufstelle für Betroffene häuslicher Gewalt im Kanton Bern gefährden aus unserer Sicht eine funktionierende Versorgung und senden ein falsches Signal im Umgang mit Gewaltbetroffenen.

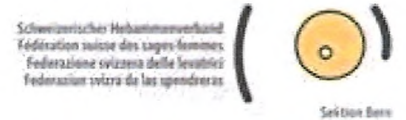
Die Entscheidung, das seit 2019 bestehende, fachlich fundierte Angebot AppElle! – betrieben durch die Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern sowie Solidarité femmes Biel & Region – per Ende 2025 einzustellen, irritiert uns sehr. Stattdessen sollen künftig die Opferhilfe Kanton Bern sowie ausserhalb der Bürozeiten die Dargebotene Hand die Beratung übernehmen – ohne dass eine nachvollziehbare Begründung für diesen Wechsel vorliegt.

Als medizinische Fachpersonen, die in direktem Kontakt mit Betroffenen stehen, wissen wir: Erstkontakt und Vertrauen sind entscheidend. Eine spezialisierte Anlaufstelle, geführt von erfahrenen Fachpersonen, garantiert Kontinuität und kann über Schutz oder Gefahr, über Schweigen oder Hilfe entscheiden.

Deshalb ist die Änderung aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar, sondern wird dazu führen, dass sich Betroffene von häuslicher Gewalt noch weniger Hilfe holen. Dies darf nicht passieren.

### Wir fordern daher:

- 1. Den Erhalt des bestehenden Hotline-Angebots AppElle! über 2025 hinaus – als erprobte, spezialisierte und mehrsprachige Anlaufstelle für Gewaltbetroffene.**
- 2. Die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, welche klar vorgibt, dass Betroffene Zugang zu spezialisierter und koordinierter Unterstützung haben müssen.**
- 3. Schutzangebote für Betroffenen anhand ihrer Wirksamkeit unter Beizug von Fachpersonen umsetzen, statt nach politischen oder verwaltungsinternen Effizienzüberlegungen.**



Die Umstellung auf ein Modell mit mehreren Anlaufstellen, ohne spezialisierte Beratung aus einer Hand, schafft neue Hürden – insbesondere in akuten Risikosituationen abends und am Wochenende, wenn Gewaltbetroffene erfahrungsgemäss häufiger Hilfe suchen. Während bisher bei **AppElle** weibliche Fachkräfte mit spezifischer Erfahrung direkt erreichbar waren, sollen künftig auch Ehrenamtliche den Erstkontakt übernehmen. Dies kann bedeuten, dass Betroffene ihre Erlebnisse unterschiedlichen Personen mehrfach schildern müssen – eine Belastung, die nicht nur zusätzliche Hürden aufbaut, sondern auch das Risiko erhöht, dass wichtige Details verloren gehen oder Hilfe verzögert wird. Damit widerspricht das neue Modell sowohl internationalen Standards als auch dem fachlichen Anspruch, den wir an uns selbst und an staatliche Institutionen stellen.

Wir appellieren an Sie, den Entscheid zu revidieren und im Sinne der Gewaltbetroffenen eine fachlich vertretbare, stabile Lösung sicherzustellen.

Mit Nachdruck und Sorge,

Dr. med. Simone Blunier

FMH Anästhesiologie  
ISP Klinische Notfallmedizin SGNOR  
FA Notarzt SGNOR

Manuela Kocher Hirt

Präsidentin Schweizer Berufsverband  
für Pflegefachpersonal, SBK Sektion Bern

Jenny Bertholet

Expertin Notfallpflege, Studierende APN  
und Vorstandsmitglied SBK Bern

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:

Manuela Kocher Hirt, Präsidentin SBK Sektion Bern, [manuela.kocher@sbk-be.ch](mailto:manuela.kocher@sbk-be.ch), 079 373 21 51

Jenny Bertholet, Vorstandsmitglied SBK Bern, [jenny.bertholet@sbk-be.ch](mailto:jenny.bertholet@sbk-be.ch), 079 733 15 43